



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

P/X/112 - 16.5.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

Ollenheuer zur Wahl in Rheinland-Pfalz	S. 1
Was wollen die Sowjets in Belgrad?	S. 2
Sonderbericht aus Wien	S. 4
Eine kritische britische Stimme zur west- deutschen Entwicklung	S. 6

CDU seit 1953 weiter rückläufig

Das Fazit der Wahlen in Rheinland-Pfalz

Zum Wahlergebnis in Rheinland-Pfalz gab
der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenheuer
folgende Erklärung ab:

Die Wahlen in Rheinland-Pfalz haben nach der vorher klar und wiederholt verkündeten Ansicht der Bonner Regierungsparteien ganz vorwiegend im Zeichen der Außenpolitik Adenauers und der durch sie erreichten sogenannten Souveränität der Bundesrepublik gestanden.

Das Ergebnis ist, dass CDU und FDP, die Träger dieser Politik, im Vergleich zur Bundestagswahl 1953 zusammen etwa 210 000 Stimmen verloren haben, die CDU fast 200 000, die FDP 13 000 Stimmen. Als einzige Partei konnte im Vergleich zu damals die SPD Stimmen gewinnen, und zwar rund 20 000. Damit hat sich für die CDU die stark rückläufige Bewegung seit den letzten Bundestagswahlen unverkennbar fortgesetzt, die das wesentliche Kennzeichen auch aller vorangegangenen Landtagswahlen seit damals gewesen ist. Alle übrigen Vergleiche können gerade wenn man den Maßstab der Außenpolitik anlegt, nicht überzeugen.

Wenn die CDU mit 46,8 % der abgegebenen Stimmen im künftigen Landtag 51 Sitze haben wird, so verdankt sie dies dem vollen Misserfolg aller Splitterparteien, der an sich erfreulich ist. Vor allem aber hat sich zugunsten der CDU, soweit sie im Vergleich zu den Landtagswahlen 1951 Stimmen gewann, im besonderen Maße wieder die massive Intervention maßgebender Würdenträger der katholischen Kirche ausgewirkt. Sie veranlassten z.B. das Zentrum, eine eigene Liste zurückzuziehen und haben damit eindeutig für eine Partei, für die CDU, Stellung genommen.

Angesichts der Tatsache, dass sich die SPD in diesem Kampf gegen alle übrigen Parteien zur Wehr setzen mußte und trotzdem nur zwei Mandate verlor, kann man mit vollem Recht von einem sozialdemokratischen Achtungserfolg der Wahlen in Rheinland-Pfalz sprechen.

* * *

Vom Ausgestoßenen zum Urworbene

sp - Der sowjetischen Delegation, die Ende Mai Jugoslawiens Hauptstadt besuchen wird, wird der sowjetische Außenminister Molotow nicht angehören. Bulganin kommt nicht als Marschall der Roten Armee, sondern als Regierungschef der Sowjetunion nach Belgrad. Hervorragende Militärs werden in dieser Delegation nicht vertreten sein. Die Abwesenheit Molotows und das Fehlen von Militärs ist wohl mehr als ein Symptom: Molotow spielte vor sieben Jahren eine aktive Rolle bei dem Bruch Titos mit der Kominform und Wirken und Auftreten des sowjetischen Militärs in Jugoslawien schufen erst das Klima, in dem sich Tito Abfall zwangsläufig vollziehen mußte. Moskau nahm also, als es sich zu diesem, die Welt überraschender Besuch entschloss, Rücksicht auf Belgrader Erfahrungen und Empfindlichkeiten. Mit der Zusammensetzung der Delegation und dem Zeitpunkt des Besuches bekundeten die Nachfolger Stalins den Respekt vor der Stellung Jugoslawiens, die es heute zwischen West und Ost einnimmt und der Bedeutung, die ihm als einem nach keiner Seite verpflichteten Staat in der europäischen Politik zukommt.

Dieser Besuch fällt in den Rahmen der von allen Großmächten gewünschten allgemeinen Entspannung der Weltlage. Die Viererkonferenz ist heute so gut wie gesichert, dem Zwang zum Verhandeln kann sich keine Seite entziehen. Im Grunde genommen geht es allen Beteiligten jetzt darum, für die verschiedensten Konferenzen auf höchster und allerhöchster Ebene die besten Ausgangspositionen zu beziehen. Zug folgt auf Gegenzug. Die diplomatische Betriebsamkeit nimmt geradezu ein atemberaubendes Tempo an.

Seit langem wissen West und Ost, woran sie mit Jugoslawien sind. Nach seinem Bruch mit der Kominform legte Tito besonders Gewicht auf die Pflege guter und wirtschaftlicher Beziehungen zum Westen, ohne sich dabei in den Fallgruben einer einseitigen militärischen Blockpolitik zu verstricken. Er trat dem Balkanbund bei, mit dem Schwergewicht einer wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit. Schon der mißlungene Versuch des türkischen Außenminister Menderes, dem Balkan-Bund mit dem Anschluß an die NATO einen rein militärischen Charakter zu geben,

hätte die Welt aufhorchen lassen müssen. Belgrad ist kein Freund von Blockbildungen, mit Indien hat es gemeinsam der Abscheu vor dem "Irrsinn einer Militärpakte", um einen Ausdruck Mehrzus zu gebrauchen. Das Bündnis mit Griechenland und der Türkei entstand als notwendige Antwort auf die Bedrohung durch den Ostblock; seine militärische Zielsetzung verlor in dem Maße an bestimmender Kraft, als sich die Anzeichen einer auch von den Sowjets gewünschten Entspannung mehrten.

Über die Haltung, die Jugoslawien bei den künftigen Besprechungen mit der sowjetrussischen Delegation einzunehmen gedenkt, gibt die letzte Tito-Rede Aufschluß. Der jugoslawische Marschall ist sich wohl bewußt, dass er in dieser Situation sich keine Zweideutigkeiten leisten kann. Mit dem Freimut, der ihn auszeichnet, hat er dem Westen und dem Osten zu verstehen gegeben, er denke nicht daran, von seinem Grundsatz der Pflege guter Beziehungen zu allen Seiten abzuweichen. Das war wohl auch als eine Warnung an Moskau gedacht, falls es sich der Hoffnung hingeben sollte, den Abtrünnigen in den Schoß der Kominform wieder aufzunehmen.

Titos Stellung und sein Einfluß in der europäischen Politik beruhen auf der Kraft und der Geschicklichkeit, mit denen es ihm gelingt, die Unabhängigkeit seines Landes zu bewahren, die neu erworbenen Freunde im Westen nicht zu enttäuschen und die Beziehungen zum Ostblock im Rahmen einer auf Ausgleich gerichteten Politik zu normalisieren. Das Bedürfnis nach einer Normalisierung und nach einem Abbau der Gegensätze scheint sich auch in der Sowjetunion in den Vordergrund aller politischen Überlegungen zu schieben. Im Rahmen dieser Neuorientierung kommt sicherlich Belgrad in dem europäischen Sicherheitssystem, das Moskau erstrebt, ein bedeutender Platz zu. Er wird nicht - und das wissen die Männer im Kreml - die Stellung eines Satelliten sein. Für die westliche Welt aber wird der Verlauf und der Inhalt dieser jugoslawisch-sowjetischen Gespräche ein wertvolles Anzeichen dafür sein, wie weit die Sowjetunion in der Politik der Entspannung und der Liquidierung des zweiten Weltkrieges zu gehen bereit ist.

* * *

16.5.1955

Den folgenden Bericht aus Wien stellte uns Arno Scholz, Herausgeber und Chefredakteur des Telegraf, Berlin, zur Verfügung.

Österreich hat seinen Staatsvertrag

Mit voller Absicht ist in die Überschrift weder das Wort "frei", noch "souverän" hineingenommen worden, mit Bedacht wurde eine nüchterne Formulierung gewählt. So haben übrigens die Österreicher auch selbst reagiert. Vielleicht haben sie sich schon zu oft vor dem Ziel gesehen und waren nun, als der Tag anbrach, der ihnen den Staatsvertrag bringen sollte, etwas schwer in Stimmung zu bringen. Jedenfalls waren vom Flugplatz Dulln, der im Bereich der Sowjets liegt, nach Wien hin nur wenige Fahnen zu sehen.

In Wien selbst hatten die öffentlichen Gebäude, aber nur wenige Privathäuser geflaggt. Am Sonntagmorgen fuhren die Wiener wie stets zu Rad oder per Bahn in ihre schöne Umgebung. Am Schloß Belvedere aber sammelten sich doch etwa 30 000 Menschen und noch einmal soviel in den Anfahrtsstraßen der Außenminister.

Molotows besondere Note

Als um 1/2 11 Uhr die offizielle Auffahrt begann, zeigte sich das gleiche Bild wie auch während der Berliner Konferenz: Molotow kam mit hoher Geschwindigkeit angebraust, dahinter acht gleiche Wagen, aus denen sofort Begleiter heraussprangen - eine Hand in der Tasche und die Augen mismutig in die Runde schickend. Die übrigen Außenminister kamen zum letzten Mal nach dem Protokoll des Alliierten Kontrollrates, zum Schluß die Franzosen.

Der Akt der Unterzeichnung zog sich hin, weil Molotow seine vorgesehene Redezeit sechsfach überschritt und seinen Kollegen aus Westeuropa und Amerika noch einmal seinen Standpunkt zum Deutschlandproblem klar machen wollte: Wenn das Jahr 1955 im Zeichen der Lösung des Österreich-Problems stehe, so könnte dies für das Problem Deutschland wahrscheinlich nicht zutreffen. Diese Frage sei durch die westdeutsche Wiederbewaffnung außerordentlich kompliziert worden.

Die anderen Außenminister bestanden zwar darauf, dass diese Rede besonders sorgfältig übersetzt wurde und Dulles änderte währenddessen seinen Text. Doch eine Antwort auf Molotows Worte wurde nicht gegeben. Die Außenminister werden ja noch Gelegenheit haben, über das Vierer-Treffen auf höchster Ebene zu sprechen. Die Sowjets sind für bald und für Stockholm, besonders aber die Amerikaner wollen nichts überstürzen und das Treffen nach Lugano legen.

Nach der Unterzeichnung des Vertrages traten die Außenminister auf den Balkon, um sich den Österreichern zu zeigen. Molotow verstand einige Zurufe an ihn - man begrüßte ihn nur deshalb freudig, weil er nun endlich nachgegeben hat, während die anderen längst bereit waren, - falsch und schlug seine Hände über den Kopf zusammen, so wie sich Kommunisten untereinander zukletschen. Als sich aus der wartenden Menge dann aber niemand anschickte, selbst als Dank für diese Unterschrift den Gruß Molotow nachzumachen, ging auch dieser zu dem "bürgerlichen" Zuwinken über.

Noch manche harte Nuss zu knacken

Der österreichische Außenminister Figl war der einzige Überschwengliche. Er hob den dicken Band mit dem unterschriebenen Dokument weithin sichtbar hoch und erhielt dafür besonders starken Beifall. Er kann ja auf diesen Tag auch stolz sein. Zuerst war er als Bundeskanzler und nach Umbildung der Regierung als Außenminister unermüdet für diesen Tag tätig. In 267 Sitzungen hat er endlich einen Text erreicht, der allen vier Außenministern, auch dem sowjetischen, genehm war. Dieser Text hat aber doch eine Reihe einengender Paragraphen für die Österreicher, wenn er auch endlich das Ende der Besatzungszeit bringt. Österreich wird seinen Weg weitgehend selbst bestimmen, es darf sich weder einem Militärpakt anschließen, noch den Anschluss an Deutschland betreiben, noch schwere Waffen für seine Armee haben und muss eine letzte erhebliche Reparationsleistung für die Sowjetunion aufbringen.

Die verantwortlichen Staatsmänner und Politiker sehen die Dinge richtig, wenn sie nicht verschweigen, dass noch manche harte Nuss zu knacken ist: Die Währung darf nicht gefährdet werden und der Ausfall ist abzufangen, der durch den Abzug der Besatzungstruppen und ihrer Familien entstehen wird. Besorgt sind die Österreicher auch, ob die verordnete Nichtrückgabe größerer Investitionen deutscher Firmen in Österreich die ohnehin nicht leichten Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik nicht noch weiter stören könnte. Alles dies ließ keinen ungehemmten Jubel aufkommen. Er wäre in den Nachmittagsstunden ohnehin durch Regen und Sturm gedämpft worden.

Das Unglück begann mit Dollfuß!

Ja, es gab sogar einige Mißtöne, die nicht überbetont, aber registriert werden sollen. Radio Wien begann den Tag mit einer Stunde Militärmusik und während eines Aufmarsches von Wiener Vereinen aller Art gab es einige auffallend straff organisierte Gruppen, die durch Lautsprecherwagen exakt dirigiert wurden und bekannte Lieder wie "Wir sind die Herren der Welt" sangen.

Dann war aus allen Ansprachen der österreichischen Staatsmänner zu entnehmen, dass die Leidenszeit Österreichs 17 Jahre gedauert, also 1938 mit dem Einmarsch der Hitler-Armeen begonnen habe. Stolz waren sie, dass die Formulierung, Österreich trage eine gewisse Mitschuld am Kriege, noch vor der Unterschrift aus dem Text entfernt werden konnte. Dazu nur eine Bemerkung, die in dieser Stunde doch angebracht erscheint. Schon als im Jahre 1934 die Männer des Republikanischen Schutzbundes von den Pfeilkreuzlern zusammengeschossen oder aus Österreich verjagt wurden, endete die Demokratie in diesem Lande. Dollfuß und Starhemberg ebneten Hitler den Weg, ohne sie hätten die österreichischen Nationalsozialisten keinen Boden im Volke gewinnen und schließlich so stark werden können, dass sie Hitler ins Land riefen. Es versteht sich am Rande, dass mit dieser Feststellung oder Erinnerung nicht die nationalsozialistische Praxis im geringsten entschuldigt werden soll, Truppen in ein anderes Land zu schicken und die Bewohner der Diktatur zu unterwerfen.

Die Österreicher sollten aber gerade auch jene Periode ihrer Geschichte nicht aus der Erinnerung streichen, damit sie sich immer der Tatsache bewußt bleiben: gleichviel wer die Freiheit antastet, er ist nur Vorläufer eines Hitler oder Stalin. Hoffentlich fanden die Worte guten Boden, die Nationalrat Scharnitz in den Nachmittagsstunden über Radio Wien sprach, Worte eines leidenschaftlichen Bekenntnisses zur Demokratie und gegen die Diktatur, für Neutralität - damit meinte er militärische Bündnislosigkeit - und gegen Neutralismus - damit meinte er feige Gesinnungslumperei. Das Recht auf die eigene Meinung kann den Österreichern niemand mehr nehmen.

Wäre man doch - so kann man als Deutscher, besonders aber als Berliner nur sagen - endlich wenigstens auch soweit, wie Österreich mit seinem Staatsvertrag.

* * *

Kalte Dusche für die Neu-Europäer

C.G. "Wahrscheinlich die lautesten Befürworter der westlichen Sache im heutigen Deutschland sind Feinde der Demokratie, für die die westliche Allianz wenig mehr als eine Gelegenheit für einen Rachekrieg bedeutet. Sie sind mit anderen Worten im westlichen Lager nicht aus Überzeugung, sondern aus taktischen Gründen, und sie sind keine Freunde der Zivilisation und der Werte, wie wir sie schätzen." Diese alarmierende Feststellung ist nicht etwa dem Haßgesang eines verspäteten Morgenthau-Anhänger entnommen, sondern stammt aus dem Munde eines führenden britischen Historikers.

Geoffrey Barraclough, dessen 1946 erschienenes Buch "Tatsachen der deutschen Geschichte" sich dem damals üblichen Klischee von preussisch-deutscher Tradition durchaus entzog, wird man weder als "professionellen Deutschen-Hasser" abtun, noch wird man ihm Oberflächlichkeit und Unwissenschaftlichkeit vorwerfen können. (Dieses allzu billige Beiseiteschieben von Forschungsergebnissen, die für manchen unserer führenden Bundesrepublikaner recht unbequem sind, erlebte man erst jüngst wieder bei der Rezension von Wheeler-Bennets Buch "Nemesis der Macht", das das Verhältnis von Armee und Politik in Deutschland untersucht.)

Barraclough ist ein intimer Kenner der deutschen Geschichte; seine Skepsis gegenüber der demokratischen Zuverlässigkeit jener Kräfte, die heute die Bonner Koalition entscheidend mittragen, ist kein Rückfall in die Siegermentalität des Jahres 1945, sondern vielmehr eine Warnung vor der allzu schnellen Gleichsetzung von Antibolschewisten und Demokraten. Denn Barraclough bezichtigt keineswegs das gesamte deutsche Volk der Neigung zu einer dauernden Schaukelpolitik zwischen Ost und West. Im Lager der Gegner der offiziellen deutschen Außenpolitik stünden heute Menschen, "deren Anhänglichkeit an die westliche Wertordnung niemand bestreiten wird." Dagegen dulde die westdeutsche Schwerindustrie zwar die Regierung Adenauer, jedoch genauso, wie sie zehn Jahre nach dem ersten Weltkrieg Stresemann geduldet habe, eben nicht aus Überzeugung, sondern aus taktischen Gründen.

16.5.1955

Der britische Historiker bemüht sich also, von dem Klischee des Jahres 1955 freizukommen, in das die Gegner der Adenauerschen Außenpolitik auch als geistige Neutralisten und als ziellos umherirrende Wanderer zwischen östlicher Diktatur und westlicher Freiheit eingeordnet werden. Für Barraclough und das sollte für jeden ernsthaften Historiker gelten - ist eine Wertung der deutschen Außenpolitik ohne eine gleichzeitige genaue Analyse auch der innenpolitischen Tendenzen in Deutschland nicht möglich. Wenn seine besorgte Mahnung in der westlichen Welt Resonanz finden sollte, ist das kein Grund, über das angeblich unüberwindbare Mißtrauen des Westens gegenüber Deutschland in Verzweiflung zu geraten. Aufgabe der demokratischen Kräfte in Deutschland sollte es vielmehr sein, unablässig darauf hinzuwirken, dass der Westen in seiner Deutschlandpolitik aus solchen Erkenntnissen auch die richtigen Folgen ableitet und endlich begreift, dass auf die Dauer Freundschaft und Zusammenarbeit Deutschlands mit dem Westen ohne die innere Zustimmung jener Schichten in Deutschland nicht möglich sind, die die Vorzugswürdigkeit der westlichen Demokratie nicht erst nach 1945 entdeckt haben.

* * *

Unruhe in Zonenbetrieben

O.B. Die anhaltend knappe Versorgungslage in der Sowjetzone hat in den letzten Wochen wiederholt zu offenen Protesten der Belegschaften in den Betrieben der Sowjetzone geführt. Wie erst jetzt bekannt wird, sind im Laufe des Monats April die Arbeiter der Steingutfabrik in Rheinsberg bei Ruppin zweimal in den Ausstand getreten. Der erste Streik wurde abgebrochen, nachdem die VOPO auf 5 LKW's Brot und Margarine angefahren hatten, die es bisher auch in den HO Läden nicht gegeben hatte. Bereits nach 14 Tagen trat die Belegschaft erneut in einen unkräftigen Sitze-streik. Diesmal wurden 5 LKW mit VOPO eingesetzt, die den Streik mit brutaler Gewalt zu unterdrücken hatten. Über Verhaftungen ist noch nichts bekannt geworden.

+ + +

Keine Sozialleistung bei Westreisen

In einer Änderung der Bestimmungen der Sozialversicherung in der Sowjetzone wurde angeordnet, dass bei Erkrankungen während Besuchen in der Bundesrepublik kein Versicherungsschutz gewährt werden darf. Leistungen bei einem Aufenthalt in Westberlin werden grundsätzlich nur gewährt, wenn die Einrichtungen der SV in Ostberlin in Anspruch genommen werden.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunatz